

Bürgerliches Etikett heisst nicht immer bürgerliche Politik

Stimmrechtsalter 16, Justizreform, Ausgleich der kalten Progression, Handänderungs- und Pfandrechtssteuergesetz, Sondersession Wirtschaft – die April-Session des Grossen Rats war gespickt mit Schwerpunktthemen.

Die SVP-Fraktion hat sich wie gewohnt durch ihre gebündelte Stimmkraft und ihre konsequente, wirklich bürgerliche Politik ausgezeichnet.

Einstimmig sprachen wir uns gegen die Einführung von Stimmrechtsalter 16 aus. Leider zeigte sich bei dieser Abstimmung wieder einmal deutlich, wie dünn die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat ist. Es reichen einige wenige Abwesenheiten, und solche Vorlagen werden im Sinne der rotgrünen Parteien entschieden. Ich bin allerdings überzeugt, dass das Stimmvolk diesem Geschäft dann eine klare Abfuhr erteilen wird.

Wichtigstes Geschäft der Session war sicher die Justizreform. Die SVP-Fraktion hat sich unter kundiger Führung von Walter Messerli gegen die Anträge der Regierung gestellt und die Beibehaltung der Arbeitsgerichte und der Gleichstellungskommission abgelehnt und sich mit klarer Mehrheit für das Jugendstaatsanwaltsmodell ausgesprochen.

Während mit der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit eine Motion zum automatischen Ausgleich der kalten Progression bei den Einkommenssteuern überwiesen wurde, zeigte sich beim Gesetz über die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern, welche Parteien für bürgerliche Werte eintreten und welche den Ausdruck bürgerlich nur als Etikette verwenden. Während sich die SVP, die FDP und



Peter Brand, Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

die EDU einstimmig und praktisch vollzählig für die Reduktion der Handänderungssteuern von 1,8 % auf 1 % einsetzten, lehnten 8 Mitglieder der BDP sogar einen eilends eingereichten Kompromissantrag der FDP auf eine Reduktion auf 1,5 % ab, so dass schliesslich die rotgrünen Parteien mit gütiger Mithilfe einer Mehrheit der BDP-Fraktion und gegen die einstimmige SVP-Fraktion den Handänderungssteuersatz auf 1,8 % belassen. Abgeschafft wurden einzig die Pfandrechtssteuern. Die Abstimmungen zeigten deutlich auf, welche Konsequenzen die Zersplitterung im bürgerlichen Lager hat. Die Schwächung der Bürgerlichen zeigt sich im politischen Alltag, eine Tatsache, die der SP-Politiker Bernhard Antener genüsslich in einem Votum gewürdigt hat...

Ein Schlag ins Wasser mit einem entsprechenden Medienecho war die von der SP Fraktion verlangte Sondersession Wirtschaft. Viel mehr als heisse Luft wurde dort nicht produziert. Das Fazit dieser Session aus der Sicht der SVP: Wenn bürgerlich drauf steht, heisst das noch lange nicht, dass bürgerlich drin ist.....

Peter Brand